### Testübersetzung

### Politisches Risiko

Unternehmen, die eine Geschäftstätigkeit im Ausland anstreben, müssen zunächst das damit verbundene politische (d. h. Länder-)Risiko des jeweiligen Landes einschätzen. Kurz gesagt geht es dabei um das Risiko, dass sich die Rendite einer Investition aufgrund politischer Entscheidungen, Ereignisse oder Bedingungen verschlechtern könnte (Matthee, 2011). Es gibt verschiedene Arten von politischen Risiken, die aus dem politischen und rechtlichen Umfeld ergeben können.

Das erste politische Risiko, mit dem ein auf ausländischen Märkten tätiges Unternehmen konfrontiert sein könnte, ist die Auferlegung von Handelsschranken durch die Regierung. Eine ausländische Regierung könnte beispielsweise Importzölle einführen, um den heimischen Arbeitsmarkt vor Importen zu schützen und mehr wertschöpfende Tätigkeiten im Inland zu haben. Dies würde einem Unternehmen schaden, das seine Waren in diesen ausländischen Markt exportieren möchte, weil die Importzölle diese Waren verteuern würden. Das zweite, für Entwicklungsländer typische Risiko, sind unsichere Eigentumsrechte. Es gibt verschiedene Formen der staatlichen Übernahme von Vermögenswerten aufgrund unsicherer Eigentumsrechte:

* Eine Konfiszierung ist die entschädigungslose Beschlagnahmung von Unternehmens- oder Privatvermögen. So konfiszierte Robert Mugabe, der damalige Premier von Simbabwe, in den 1980er-Jahren über 5.000 landwirtschaftliche Betriebe, die Bauern europäischer Abstammung gehörten, und verteilte das Land an einheimische Simbabwer um (Cavusgil et al., 2014). In Entwicklungsländern stellt die Enteignung bis heute ein Risiko für die Bergbauindustrie dar.
* Unter dem Begriff Enteignung versteht man die Beschlagnahmung von Unternehmens- oder Privatvermögen gegen Entschädigung. TNK-BP, die russische Tochtergesellschaft von British Petroleum, wurde 2008 unter Druck gesetzt, einen großen Teil ihres Ölgeschäfts an das nationale russische Energieunternehmen Rosneft zu verkaufen. Dies geschah aufgrund des politischen Drucks der russischen Regierung (Economist, 2008; Cavusgil et al., 2014).
* Unter dem Begriff Verstaatlichung versteht man die Beschlagnahme eines kompletten Sektors. In einigen Fällen wird zwar eine Entschädigung angeboten, eine Garantie hierfür gibt es allerdings nicht. So wurden beispielsweise große Teile der bolivianischen Rohstoffindustrie ohne jegliches Entschädigungsangebot verstaatlicht (Economist, 2008; Cavusgil et al., 2014).